

Keine Landtagsmehrheit in Sicht- Neuwahlen im nächsten Jahr unumgänglich!

Die Politikverdrossenheit in der bundesweiten Betrachtung findet in den Ereignissen in Hessen neuen Nährboden. Die politisch Verantwortlichen des noch amtierenden Landtages haben es nicht geschafft, das Wählervotum in entsprechende Mehrheiten umzusetzen. Statt geflüssentlich Politik zu machen, sozusagen sachorientiert, wurde lamentiert. Zudem schoben sich die Fraktionen gegenseitig die Schuld über ihr eigenes, politisches Unvermögen zu. Da fragt sich manch geneigte Wählerin oder mancher Wähler, ob es denn überhaupt noch lohne und wem man denn überhaupt noch Glauben schenken darf.

Kein Ruhmeszeugnis für alle diejenigen, die um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler buhlen. Einige Verantwortliche des jüngst zurückliegenden Landtagswahlkampfes haben offensichtlich nicht verstanden, dass ihre politische Zukunft nicht mehr in „der ersten Reihe“ stattfinden sollte. Jetzt, Mitte November, wird der hessische Landtag sicherlich Neuwahlen beschließen und sich auflösen.

Wird es jetzt wieder zu einem inhaltlichen „Showdown“ kommen, wie weiland im Januar 2008?

Die Protagonisten, damit sind die Spitzenkandidaten der Landtagsfraktionen gemeint, es sind ja ausschließlich Männer, haben es mit in ihren Händen. Man darf gespannt sein, ob das Thema der „Inneren Sicherheit“ wieder in den Fokus der allumfassenden Berichterstattung gerückt werden wird.

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei indes darf angemerkt werden, dass die Personalproblematik, damit sind die Fehlstellen gemeint, innerhalb des letzten Jahres nicht abgeschmolzen wurde. Status Quo – wer etwas anderes behauptet soll bitte den Nachweis erbringen! Die geschäftsführende Landesregierung, und damit genau diejenigen, welche die Personalproblema-



tik bei der hessischen Polizei verneint haben, haben zumindest erkannt, dass dringend der Einstellungskorridor erhöht werden musste. So werden für das Jahr 2009 immerhin 500 Neueinstellungen angepeilt – die Umsetzung dieses Vorhabens ist natürlich von einem noch zu beschließenden Haushalt abhängig.

Die hessische Polizei startet eine landesweite Präventionsoffensive gegen Jugendgewalt und Kriminalität von Jugendlichen. „Wer Jugendkriminalität bekämpfen will, kann nicht das eine machen und das andere lassen“, sagte Minister Volker Bouffier.

Und jetzt wird geklotzt! Die über 500 Präventionsprojekte in Hessen sollen vernetzt, ein „Netzwerk der Aktiven“ geknüpft und die Medienkompetenz von Eltern und Lehrern gestärkt werden. Präventionsarbeit in die Fläche tragen, heißt das Motto.

Dabei erfahren besonders die Sportvereine als „das beste und effektivste Mittel zur Prävention“ Unterstützung durch eine Ausweitung gewaltpräventiven Trainings.

Um das Paket an Maßnahmen umsetzen zu können, stellt der Minister sogar mehr als 90 Polizeivollzugsbeamte für die Verstärkung der Präventionsarbeit in Aussicht.

Wohl gemerkt keine freiwilligen Polizeihelfer, sondern echte Vollzugsbeamte!

Da auf die Schnelle keine zusätzlichen Kräfte ausgebildet werden können und auch nicht bekannt ist, dass den Arbeitsagenturen ein Pool ausgebildeter Polizeivollzugsbeamter für die Vermittlung zur Verfügung steht, muss man davon ausgehen, dass die Aufstockung mit einem weiteren Aderlass in den Dienststellen einhergeht. Denn dort sind die erfahrenen Polizeibeamten tätig, die für diesen schwierigen Bereich benötigt werden.

Aber die fehlen dann im alltäglichen Einsatz vor Ort und die ohnehin schon gewaltige Schieflage bei der Personalbesetzung in etlichen Dienststellen gerät allmählich zur Rutschbahn. Selbstverständlich unterstützt die GdP den neuen Ansatz einer landesweiten Präventionsoffensive des Innenministers – aber sie verkennt auch nicht die Personaldecke, die, egal an welcher Seite man auch zieht, nicht mehr zudeckt!

Die Fehlstellenproblematik ist nicht behoben und mit den entsprechenden Konzepten ist es auch nicht weit her. Einfach eine Verstärkung von 90 Beamtinnen und Beamte anzukündigen macht doch wie beschrieben deutlich, dass die Wirksamkeit derer, die erst noch die Ausbildung erfolgreich durchlaufen müssen, drei Jahre dafür benötigen.

Die Beharrlichkeit in den Tarifverhandlungen führte leider bis jetzt

(Dezember 2008) nicht zum gewünschten Erfolg. Der Rückkehr zur 40 Stundenwoche und der Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder wurde nicht erfolgreich vollzogen.

Wie gesagt, bis jetzt. Der Tariferhöhung sind indes bei der Erhöhung der Beamtenegehälter keine Taten gefolgt. Das Beamtenrecht folgt dem Tarifrecht, die Jahrzehnte funktionierende Formel in Tarifverhandlungen, ist im Landtag ad absurdum geführt worden. Obwohl Gesetzesentwürfe vorlagen, die mit Mehrheit hätten verabschiedet werden können, kam es zum Wortbruch auf „jamaikanisch“. Tarifbeschäftigte und Beamte werden also in Hessen weiterhin „ungleich“ behandelt.

Das wollten im Winterwahlkampf 2007/2008 die Landtagsfraktionen (ohne Die Linke):

Die Positionen der im Januar 08 kandidierenden Parteien dürften sich in den letzten 11 Monaten nicht verändert haben. Den Wahlprüfsteinen der GdP zur zurückliegenden Landtagswahl entnehmend, spricht sich die FDP gegen die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder aus. Sie will eine hessische Lösung. Die Bündnis 90 / die Grü-

nen Fraktion indes will zurück in die TdL. Die CDU bleibt bei ihrer ablehnenden Haltung der Rückkehr zur TdL – sie verfolgt weiter die Hessische Lösung. Die SPD will zurück in die TdL – sie sieht das bisherige Vorgehen der Landesregierung als verfassungswidrigen Eingriff in die Tarifautonomie.

Zu Fragen der Verlängerung der Lebensarbeitszeit haben die vier Fraktionen ebenfalls Stellung genommen. Die CDU stellt fest, dass das Beamtenstatusgesetz im Entwurf keine konkrete Altersgrenze vorsieht. Im Rahmen der Dienstrechtsreform soll die Frage der Verlängerung der Lebensarbeitszeit überprüft werden. Die Veränderungen im Rentenversicherungsrecht werden auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei den Beamten nach sich ziehen, stellt die SPD fest. Ob es eine polizeiliche Sonderregelung geben wird, lässt sich derzeit nicht sagen. Der gesundheitlichen Belastung im Schichtdienst muss bei einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei den Beamten Rechnung getragen werden, sagt die FDP. Sie strebt eine flexible Pensionsregelung an. Bündnis 90 / die Grünen sehen keine Unterschiede beim Eintritt in das Renten – bzw. Pensionsal-

ter. Dies gebe allein schon die demografische Entwicklung her.

Ausnahmen können aber die belasteten Schichtdienste sein. Zur Frage der Wochenarbeitszeit äußert sich die Fraktion der Grünen deutlich: die Rückkehr zur 40 Stunden Woche wird angestrebt. Die CDU macht deutlich, dass die Operation Sichere Zukunft und die damit verbundenen Wochenarbeitszeitverlängerungen unumgänglich waren und sind, auch wenn diese Maßnahme unpopulär sei.

Die SPD erkennt die Notwendigkeit, gerade für die Beamten im Schicht und Wechseldienst, die durch die 42 Stunden Woche 15 Tage mehr in einem arbeiten müssen. Da außerdem im Tarifbereich in Hessen die 38,5 Stunden Woche nach wie vor Geltung hat, ist die Rückkehr zur 40 Stunden Woche für die Beamten beabsichtigt. Die FDP sieht keine Notwendigkeit, von der 42- Stunden Woche und der damit verbundenen Erhöhung der Wochenarbeitszeit abzurücken.

Das war es fürs erste, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nun sind alle wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in Hessen aufgerufen, am Wahlsonntag auch „wählen zu gehen!“ JM

Das aktuelle Interview – heute: Henning Möller

Wir konnten für unser aktuelles Interview diesmal den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei, Henning Möller, gewinnen. HeMö ist seit 28 Jahren Mitglied des Hauptpersonalrates der Polizei und seit 20 Jahren dessen Vorsitzender. Neun Innenminister hat Henning Möller kommen und gehen sehen. Wie kein anderer ist er in die Materie „Polizei“ vertieft und sein Rat hat über die Grenzen Hessens hinaus Gewicht. Das Interview wurde Mitte November von Andreas Grün geführt.

Henning Möller begann 1968 bei der Polizei, kam 1971 zum damaligen Überfallkommando beim PP in Offenbach, war von 1974 bis 1979 Mitglied des örtlichen Personalrates, legte 1975 die II. Fachprüfung ab, arbeitete von 1976 bis 1978 als Dienstgruppenleiter bei der Polizei-

station Langen und von 1978 bis 1979 beim 2. Revier in Offenbach. Danach leitete er das Unfallkommando und wechselte 1980 als freigestelltes Mitglied in den Hauptpersonalrat. 1988 wurde er zum Vorsitzenden gewählt. – und seine Fach- und Sachkompetenz trugen dazu bei, dass er bis heute dieses Amt innehat.

POLIZEIREPORT: Lieber Henning, als gewerkschaftliches- und personalrätliches Urgestein und einer 40 jährigen Erfahrung in diesem Bereich hat man alle Höhen und Tiefen durchlebt. Was war das herausragende Ereignis in dieser Zeit und was die größte Enttäuschung?

Gute Frage. Das herausragende Ereignis war für mich sicherlich an jenem Tag, als ich im Hessischen Landtag den Entwurf des 1. Überleitungsgesetzes zum Einstieg in die

zweigeteilte Laufbahn lesen konnte. Hatte die hessische Polizei damals einen Anteil von ca. 12 % der Kolleginnen und Kollegen im gehobenen Dienst, so wuchs die Zahl bis heute auf 100 %. Der Hessische Landtag hat damals mit den Stimmen aller Parteien beschlossen, den Polizeiberuf aufzuwerten und somit den Kolleginnen und Kollegen die über Jahrzehnte geforderte Anerkennung ihrer Arbeit zuteil werden lassen. Als in einem Bürgerhaus die ersten 700 Kolleginnen und Kollegen ihre Urkunden erhielten, hat dies schon ein heftiges Kribbeln erzeugt, waren doch damit über 20 Jahre alte Bestrebungen von Erfolg gekrönt. Heute das Normalste der Welt !?!

Die größte Enttäuschung ? Für jemanden wie mich der Abbau des Personalvertretungsgesetzes. Viel-

leicht war bin ich da Exot, aber lebendige Demokratie, die ja so viele Berufspolitiker immer hoch halten, findet nun mal dann am Besten statt, wenn Dienstherr und Personalvertretung konstruktiv streiten und der Dienststellenleiter dann entscheidet – er alleine. Unser Gesetz so abzuschwächen, Personalräte zum Teil zu ignorieren, um kritische Stimmen „zu bekämpfen“, ist ein temporärer Erfolg – langfristig führt er zu einer Polizei, die sich mehr duckt als streitet. Kritik nicht mehr offen angesprochen, birgt die Gefahr der inneren Kündigung. Dies lässt sich nicht mit Statistiken belegen, dies schmerzt nicht. Ich persönlich brauche aber darüber nicht nachzudenken, mein Stil bleibt wie er ist, das weiß auch mein jetziger (und Neunter) Innenminister. Was auf den Tisch muss, kommt auf den Tisch – unangenehm oder kritisch, die Skala ist nach oben nicht begrenzt.

POLIZEIREPORT: An IZEMA kommen wir heute leider nicht vorbei. Es bestehen immer noch Unklarheiten bezüglich der Kappung von Mehrarbeit im Bereich der 5 Stunden pro Monat. Auch kommen immer noch Fragen, ob am Jahresende die Stunden, die über die doppelte Wochenarbeitszeit hinausgehen, gekappt werden können?

Um den zweiten Teil der Frage zu beantworten: Seit 1.1.2008 ist im Ausführungserlass zu IZEMA in Ziff. 3.2 geschrieben: „Kappungen sind nicht zulässig“. Warum liest keiner diesen Erlass?! Hinsichtlich der 5 Stunden Kappung aus § 85 HBG sei hinzugefügt: Unabhängig von IZEMA, automatisierter Erfassung pp. ist ein Grundsatz des Berufsbeamtentums, verankert in Art. 33 Abs.4 GG, dass der Beamte vergütungsfrei Mehrarbeit (hier: 85 Abs.2 HBG ausgelegt auf einen Monat) leisten muss. Diese Vorschrift wird auch noch, wenn die nächste Polizeigeneration pensioniert, bestehen!! Und ein Tarifbeschäftigter muss dies nicht.

Etwas vollkommen Anderes ist es, zu fragen, ob man 5 Stunden kappen kann, wenn eine, wie künftig beabsichtigt, Jahresbilanzierung eingeführt wird. Und hier ist der HPR

mitten in Beratungen, die ja zum neuen Izema III führen werden. Und wir sagen, dass angesichts der speziellen Arbeitszeitgestaltung der Polizei dies nicht mehr greifen kann.

„Bauchbemerkung“:

Im Grund genommen haben wir wenige Rechtsvorschriften für die Arbeitszeitregelung, durch uns mit gestaltet sind die Dienstvereinbarung sowie zwei Ausführungserlasse. Im Rahmen HPR on Tour stelle ich immer wieder fest, dass die Erlasse nicht bekannt sind und sich in den Präsidien zusätzlich „Izema-recht“ entwickelt hat. Unterschiedlichste Handhabung und vor allen Dingen der Brauch, dass offensichtlich „Izema“ alles regeln soll: Statistik, Dienstaufsicht, Kontrolle. Und Kolleginnen und Kollegen, die dann einmal die behördliche Clearingstelle angerufen haben, warten entweder vergeblich oder bis zu einem Jahr auf eine schlüssige Antwort. All diese Ergebnisse sind für IZEMA III mit zu berücksichtigen. Es kann nur so wie früher werden: Arbeitszeiterfassung ist Nebensache. Und nicht zuletzt ist der Innenminister gut beraten, sich im Rahmen Föderalismusreform endlich von den Vorschriften der Mehrarbeitsvergütungsverordnung zu verabschieden, die unsere Tätigkeit in verschiedene Kategorien eingeteilt hat und zu einem Aufwand führt, der seinesgleichen sucht. Nehmen wir heute pro Planer landesweit 1 Stunde für IZEMA, was noch schlank gerechnet ist, so verbringen wir pro Jahr ca. 270 000 Stunden mit Izema. Juristisch richtig, aber von der Belastung und Motivation her vernichtend.

Wir werden zum Ende des Jahres alles in unserer Macht stehende tun, um diese Probleme einer Lösung zuzuführen.

POLIZEIREPORT: Was sind die herausragenden Neuerungen von IZEMA 3 und wie gestalten sich die bisherigen Probeläufe. Wann ist mit einer hessenweiten Einführung von IZEMA 3 zu rechnen?

Um es in schlanke Stichworte zu fassen:

- | Ein Konto, auf dem alle „Arbeit“ erfasst wird, ständiger Konto-

stand der Jahresarbeitszeit, Übertrag in das nächste Jahr

- | Ein/Ausloggen auch durch Schichtdienst
- | Berechnung Zusatzurlaub, Schichtdienst nach Stunden, damit könnten auch alle Sonderformen der Dienste erfasst werden
- | Krankheitsregelung für Schichtdienst muss noch gefunden werden und, und..

Ich könnte nun noch seitenlang ausholen, dass Problem ist, wir stecken mitten in den Beratungen und wollen in der Dezembersitzung dann fertig werden. Bis dahin werden unsere Kolleginnen und Kollegen durch unser neues Transparent informiert.

POLIZEIREPORT: Der Ausbau des Frankfurter Flughafens rückt immer näher. Damit einhergehend wird es zu zahlreichen Großeinsätzen für die Hessische Polizei kommen. Die Kolleginnen und Kollegen wenden sich schon heute an die GdP und mahnen die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit an. Zu oft wurden sie in der Vergangenheit bei planbaren Einsätzen über die gesetzlichen 12 Stunden hinaus, zum Teil bis zu über 18 Stunden in Einsätze eingebunden. Wie lautet die Botschaft des Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Hessischen Polizei an die Kolleginnen und Kollegen im Land?

Wenn unsere Kolleginnen und Kollegen diese Ausgabe lesen, haben wir am 24. und 25. November eine umfangreiche Diskussion geführt. Für mich, der anlässlich der Startbahn 18 fast seinen zweiten Wohnsitz auf dem Flughafen hatte, müssen Schwerpunkte sein:

Geplante Einsätze nur noch im Rahmen der Schutzvorschriften, also kein 12 Stunden Einsatz und dann jeweils 3 Stunden Hin- und Herfahren. Was nichts damit zu tun hat, wenn sich ein bestehender Einsatz eskaliert. Unterbringungsmöglichkeiten für Kräfte, natürlich mit den Fragen der Verpflegung. Hier bin ich nach den Erfahrungen der WM zumindest guter Hoffnung. Laengeangepasster Kräfteinsatz, sparsames Umgehen mit Kräften.

In einem Punkt dürfte kein Zweifel bestehen: Dies wird ein Einsatz für die gesamte Hessische Polizei, die Belastung muss sorgfältig verteilt werden, es ist nicht ein Einsatz für das PP Frankfurt oder SOH oder SH oder WH oder die HBPP. Nicht für den Tages- oder Schichtdienst oder S oder K. Ich wünsche mir, dass wir in dieser Zeit hoffentlich wieder so zusammenwachsen und nicht dem mittlerweile so oft geprägten Schlagwort des TEAMS folgen, wonach TEAM gleich ist = Toll Ein Anderer Machts!

Abschließend: Ich finde es „erfrischend“, dass jetzt bereits schon wieder viele wissen, wie es kommt. Von „das bisschen machen wir im Streifendienst mit“ bis hin zu „das wird wie in den 80er Jahren“. Wir sollten die Entwicklung abwarten, aber gleichzeitig gerüstet sein, im Rahmen eines Stufenkonzeptes zu reagieren. Das dies angesichts von knapp 1000 weniger Menschen, einer reduzierten Bereitschaftspolizei und auch mit derzeit über 900 eingeschränkt dienstfähigen (die sich das nicht ausgesucht haben!) leisten müssen, mahnt noch mehr, mit den verfügbaren Kräften sparsam umzugehen.

P.S.: Ich liebe den Flughafen so sehr, dass es wohl wieder was mit dem zweiten Büro/Wohnsitz wird.

POLIZEIREPORT: Viele Kolleginnen und Kollegen beklagen eine zunehmende Entsolidarisierung in der Polizei. Vorgesetzte verlieren Respekt und Vertrauen weil sie sich nur ihren Vorgesetzten gegenüber verpflichtet fühlen. Kollegialität und soziale Bindungen gehen immer mehr verloren. Züchten wir uns nicht immer mehr „Einzelkämpfer“ heran und geben über Jahre bewährte Strukturen auf?

Also wenn mir die Frage so von Euch gestellt wird, gehe ich davon aus, dass diese Schlagworte Eurer Erfahrung entsprechen. Ich beschreibe dies immer mit dem Wort: „Es wird kalt in der Polizei“. Psychologen und Soziologen könnten mit der Analyse wochenlang in Klausur gehen (bloß nicht, sonst haben wir noch eine Projektgruppe), Der Wandel in der Gesellschaft, dass heißt,

junge Menschen früher und junge Menschen heute, die wir ja auch Gott sei Dank in der Polizei haben, schlägt bei uns durch. Jetzt muss dies nichts Schlechtes sein – es ist aber anders. Zumindest gefühlsmäßig lässt sich für mich feststellen, dass unsere Polizei wieder mehr in Kästchen, Beauftragung, Funktion denkt und vielerorts keiner vom anderen Näheres weiß – und dann die Stories.

Eine Ursache für die von Euch genannten Probleme kann ich ohne wissenschaftliche Begleitung ausmachen: Trotz aller Bekenntnisse des Landes zu NVS – Stärkung der Eigenverantwortlichkeit – tritt immer mehr das Gegenteil ein. Die Hessische Polizei ist innerhalb der Landesverwaltung die regelungswütigste Institution. Und zwar über alle Ebenen. Und mit Abstand. Was wir alles glauben regeln zu müssen, schnürt all den Kolleginnen und Kollegen, die insbesondere vor Ort arbeiten, die Luft ab. Wenn ein DGL oder Kommissariatsleiter oder... oder ... 1 – 2 Stunden seines Dienstes damit verbringen muss, um sich in der „E-Mail Polizei“ auf den neuesten Stand zu bringen und letztlich für seine Männer und Frauen dann oft keine Zeit hat, für kleinste Entscheidungen immer die Administration braucht, der wird mit den Jahren müde.

Meine persönliche Anekdote: Als ich nach der Neuorganisation in einer Stadt einen alten Lehrgangskollegen, seines Zeichen Dienststellenleiter besuchte, saß er entspannt an seinem Schreibtisch – in der Zeitung lesend. Ich sprach ihn auf die alt gewohnte Art an, er habe wohl auch nicht die Arbeit erfunden, worauf er mir sagte: Dies ist mein persönlicher Protest gegen meine Entmachtung. Ich kann keinen Urlaub mehr genehmigen, Dienstfrei und insbesondere die bisherigen kleinen Einsätze – alles über den Meldeweg der PD. Und das Schärfste: Will ich heute einen Hund haben für einer örtlichen Einsatz, unter 5 Mails und 10 Telefonate geht nichts mehr. Schon gar nicht selbstständig etwas tun.

Alles Kollegengeschwätz ? - aber nachdenklich hat dies doch gemacht.

POLIZEIREPORT: Wie wird die Fahrzeugflotte der Zukunft aussehen? Was können die Kolleginnen und Kollegen vom Funkwagen der neuesten Generation erwarten?

Also wir werden sicherlich in das Zeitalter der „Spacecars“ kommen. Unsere Bemühungen Ende 2007 und Anfangs 2008 bestanden darin, Dienstfahrzeuge zu optimieren, in Schlagworten dargestellt:

- | Streifenfahrzeuge nur noch als Kombi
- | Navigation und Sitzheizung wird Regelausstattung
- | Bewegliche Ausrüstungsbühne im Kofferraum
- | E-Blitz Anlagen
- | Zusätzliche Warnbeklebung
- | Wiedereinführung der Kategorie „Autobahnfahrzeuge“
- | Bereitstellen von Nachführfahrzeugen für Langzeit-Einsätze im Straßenverkehr und sonst, Schwerpunkt PASTEN
- | Verkehrsdienstfahrzeuge mit BAG Ausbau
- | Zivilstreifenwagen mit Bluetooth

Des Weiteren haben wir in einer „Großen Anfrage“ darum gebeten, uns mitzuteilen, wie die bestehende Gesamtzahl der Dienst Kfz in welchen Stückzahlen verteilt ist.

Die Mitteilung des Rechnungshofes, dass offensichtlich eine größere Anzahl von Dienst Kfz unwirtschaftlich betrieben wird, sollte uns gemeinsam veranlassen, hinzuschauen und nicht zu warten, bis wir einen Bericht zur Berücksichtigung erhalten.

POLIZEIREPORT: Im Oktober 2008 wurde unser Leitbild 10 Jahre alt. Liest man es sich genau durch, so kommt man ganz oft zu der Erkenntnis, dass mit steigendem Dienstgrad und Verantwortung die Inhalte des Leitbildes in gleichem Maße an Bedeutung verlieren.

Ist unser Leitbild das Papier noch wert, auf dem es einst gedruckt wurde?

Das Leitbild hat seinerzeit zumindest dazu geführt, dass in der Polizei wirklich einmal ohne Pflichterfüllung über unsere gesamte Institution nachgedacht wurde. Das sich dabei die gesamte Führung erst mal mit wenigen Ausnahmen zurückgehalten hat, war an sich auch zu erwarten. Immerhin ist bei all denen, die in den unzähligen Workshops teilgenommen haben, schon Nachdenklichkeit eingetreten. Ein Leitbild erkennt man nicht an neuer Beflagung oder an einem neuen Grundsatzzerlass, man merkt, dass sich in vielen Köpfen „etwas tut“. Und das war erfrischend. Wer hatte sich schon vorher mal ausführlich mit Dienstklima, Miteinander, Teamarbeit usw. intensiv auseinandergesetzt.

Wenn durch einen Politikwechsel dann allerdings solch ein Vorhaben schlichtweg abgebrochen wird, das war absolut schade, weil nämlich Leitbilder, wenn sie mit Leben gefüllt werden, einen Prozess über viele Jahre erfordern und vor allen Din-

gen in Köpfen etwas bewirken können. Dies muss aber vollkommen „politikneutral“ ablaufen.

Denn es geht um den Menschen selbst, seine Aufgabe und sein Wirken mit knapp heute leider nur noch 18 000 Beschäftigten.

POLIZEIREPORT: Das Schlusswort gehört Dir, was möchtest Du gerne noch los werden?

Also, ich sag es in zwei Sätzen, jeder könnte mit Bänden gefüllt werden:

Wenn die hessische Polizei nicht ganz schnell dazu kommt, mit einem Großteil eigener Kraft zu entscheiden, was für uns wichtiger ist, die Arbeit am Bürger oder die immer größer werdende Regel- und Verwaltungslawine, die begonnen bei NVS, SAP, Projektgruppenunwesen usw., dann wird der Spruch von vielen Schutzleuten vermehrt greifen, „eigentlich stört uns der Bürger immer mehr bei unserer Selbstbeschäftigung“. Dies mag ein schänd-

licher Satz sein, aber er entspricht dem Gefühl vieler Beschäftigter.

Wenn wir weiter damit fortfahren, Basisdienststellen bei S und K und die Tarifbeschäftigten, die dort mitarbeiten, abzubauen, aus immer welchen Gründen, werden wir immer mehr Menschen nicht mehr erreichen, die zwar brav ihren Dienst ableisten, darüber hinaus schlicht demotiviert sind.

Wir werden zum Beginn 2009 diese Gesamthematik aufgreifen und hoffentlich nicht wieder die Argumente hören, die die „Hardliner“ seit nunmehr fast 20 Jahren vor sich herschieben. Und wir sollten endlich damit aufhören, zur Kenntnis zu nehmen, wir hätten tausend Beschäftigte mehr. Wir haben, da wir keine Schwarzarbeiter beschäftigen, 1000 Beschäftigte weniger als vor zehn Jahren – heute 18000.

POLIZEIREPORT: Lieber Henning, wir danken Dir für deine umfassenden Auskünfte.

Jahreshauptversammlung der KG Wasserschutzpolizei

Traditionell fand im Goethe im Schiersteiner Hafen Ende Oktober die diesjährige Jahreshauptversammlung der KG WSP statt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen waren der Einladung gefolgt. Darüber hinaus bereicherte der stellvertretende Landesvorsitzende Lothar Hölzgen die Versammlung, indem er einen umfassenden Überblick der derzeitigen Situation gab. Natürlich waren auch unsere Pensionäre wieder zahlreich vertreten.

Zu Beginn der Veranstaltung wurde unserem langjährigen Mitglied Peter Kindervater gedacht, der nach kurzer schwerer Krankheit Anfang Oktober plötzlich verstorben ist. Peter Kindervater konnte im Januar noch sein 50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum feiern.

In diesem Jahr wurden Helmut Schneider für 40 Jahre-, Dieter Schenk für 50 Jahre- und August Schlicht für sage und schreibe 60 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft geehrt. Außerdem konnte der Vorsitzende unserem ehemaligen

Seniorenvertreter Horst Klein nachträglich zum 70. Geburtstag gratulieren.

Im weiteren Verlauf berichtete der Vorsitzende dann über die Arbeit der Gewerkschaft im abgelaufenen Berichtsjahr. Wichtige Eckpunkte dieser Arbeit waren die Postkartenaktion zur Landtagswahl im Januar, das Tarifdiktat im Frühjahr und die Personalratswahlen im Mai mit dem guten Wahlergebnis für die GdP.

Letztlich hat die Kreisgruppe im Herbst dieses Jahres dazu beitragen, dass ein Personalengpass auf einer Dienststelle in Zusammenarbeit mit WSPA, Präsidium und Personalrat kurzfristig beseitigt werden konnte. Dafür noch mal ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten!

An der diesjährigen Motorrad-Tour, die von Bodo Daub durch den Odenwald geführt wurde, nahmen dreizehn Motorräder und fünfzehn Mitfahrer teil.

Ebenso erfolgreich war die Wanderung, die von Jürgen Jäger ebenfalls im Odenwald organisiert wurde. Beide Veranstaltungen finden in 2009 natürlich eine Fortsetzung...

Der Bericht des Kassierers Ulrich Würzberg ergab einen gesunden Kassenbestand.

Zudem wurden noch die Delegierten für den Delegiertentag der Bezirksgruppe im nächsten Jahr gewählt. Auf Antrag wurde unsere Vorstandskollegin und Personalratsmitglied Cornelia Teriakidis als Kandidatin für das Amt der Beauftragten für den Tarifbereich einstimmig gewählt.

Die Jahreshauptversammlung klang dann gemütlich bei Kaffee und Kuchen aus.

Die KG Wasserschutzpolizei wünscht allen Mitgliedern, Kolleginnen und Kollegen, Bekannten und Freunden ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2009!

Markus Müller

Das „Odenwaldevent“ der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei

Nachdem die letztjährige Kreisgruppenwanderung um den Feldberg 2007 witterungsbedingt ausfallen musste, konnten die Verantwortlichen, bei schönem Septemberwetter, über 20 große und kleine Wanderer in Bensheim-Gronau begrüßt werden.

Jürgen Jaeger und Gattin Sabine sowie seine Mutter, Schwester und Schwager empfingen uns Wanderer mit einem Brunch, der keine Wünsche offen ließ.

Natürlich waren kulinarische Spezialitäten und erlesene Getränke echte „Hingucker“ auf dem bereitgestellten Buffet.

Während sich die Wandersleute noch den leiblichen Genüssen hingaben, räumten Jürgen und unser Wanderführer Wolfgang Singer von der Polizeidirektion Heppenheim mit dem Gerücht auf, dass sich in den von der Bergstraße ausgehenden Seitentälern des Odenwaldes die „Inzucht“ gehalten habe.

Mit dem mitgeführten Stamm- baum der Familien Jaeger und Singer, beide ansässig in Gronau, wurde anschaulich und zugleich lustig dargestellt, dass zwar beide den

gleichen Großvater hatten, dies jedoch - durch die Zuwanderung je eines unterschiedlichen Elternteils - mit „Inzucht“ nichts zu tun hat.

Im Namen der Kreisgruppe bedankte ich mich für die amüsante Aufklärung und die perfekte Organisation, da unser Kreisgruppenchef Markus Müller verhindert war, mit einem Blumengruß sowie einem Getränkepräsent bei Sabine und Jürgen.

Einen musikalischen Kugelschreiber bekam unser Wanderwart Wolfgang Singer überreicht.

Gut gelaunt und teils zu gut gestärkt (schnauf...) begann die „Wanderung unter dem guten Stern“ von Bensheim-Gronau, über das Schönberger Kreuz, nach Schanzenbach, über die Eulerhütte, zurück nach Gronau.

Zwischendurch warteten geschichtliche Highlights auf die inzwischen etwas müde gewordenen Wanderer. So fanden sie bei der Wanderung am Rande einer Schlucht mit dem Namen „Weinloch“, noch trinkbare Weinbestände ihrer Vorfahren, die uns Wandersleuten wieder Antrieb verschafften.

Wir alle genossen sichtlich die von unserem Tourguide Wolfgang vorgetragenen geschichtlichen Einlagen sowie die exzellenten Weiß- und Rotweine aus der Region.



Abschluss in der Straußwirtschaft in Gronau

Nach gut 10 Kilometern Rundwanderung kamen wir gg. 16.30 Uhr in Bensheim-Gronau an. Hier gab es einen zünftigen Abschluss in einer Straußwirtschaft, zu dem sich noch ein paar Kreisgruppenmitglieder eingefunden hatten, die nicht mit uns wandern konnten.



Gelungener Brunch im Garten bei Familie Jaeger vor der Wanderung

Erst mit der Dunkelheit ging ein absolut gelungener Tag seinem Ende entgegen und mir blieb nur Danke zu sagen. Dank an Sabine, Jürgen, Familie Jaeger, sowie Wolfgang Singer, die unsere Wanderung fantastisch vorbereitet, organisiert und durchgeführt hatten.

Jürgen ließ es sich übrigens nicht nehmen, alle zum Brunch und während der Wanderung verzehrten Getränke zu spendieren – dafür nochmal ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle!

R.Kramer



Übergabe von Gastgeschenken durch Roland Kramer an die Ausrichter Sabine und Jürgen Jaeger

Die Bereitschaftspolizei im europäischen Polizeieinsatz

Vision oder Realität trotz Personalabbau?

Bei der diesjährigen Jahrestagung des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei im Kloster Banz, Bad Staffelstein, diskutierten 80 Hundertschaftsführer, Experten aus Polizei, Wissenschaft und Politik in einem zweitägigen Symposium.

Konrad Freiberg begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 30. September mit dem Ziel, Argumente und Lösungsansätze für personelle und organisatorische Rahmenbedingungen zu erarbeiten, zu diskutieren und entsprechende Forderungen zu erstellen. Dabei fand die besondere Betrachtung die bestehende Rechtslage.

Die Bereitschaftspolizeien der Länder (BPdL) hatten im zurückliegenden Jahr bei der EURO 08, vertreten durch die Bundesländer Hessen, Bayern und Baden-Württemberg in den Gastgeberländern Schweiz und Österreich Unterstützungseinsätze absolviert.

Ausgehend von der bestehenden Rechtslage des Prümer Vertrages sowie den unterschiedlichen Gesetzgebungen der Staaten bemängelte Freiberg in seinem Impulsreferat das fehlende einheitliche Ordnungs- und Versammlungsrecht. Aber auch die zunehmenden Einsatzlagen, die Zunahme gesellschaftlicher Konflikte, Links / Rechts Demonstrationen sowie Gewaltzunahme bei Fußballspielen machen deutlich, dass eine starke Polizei benötigt werde, sagte Freiberg.

Dem Widersprechend haben die Bundesländer über 10.000 Polizeistellen gestrichen. Daraus folgt eine Zunahme der Einsatzmaßnahmen für das verbleibende Personal, das ja nicht wie die Aufgaben gewachsen ist.

Fakten:

- | 2008 werden 140 länderübergreifende Einsätze geleistet
- | 2004 waren es noch ganze 41

Die Bundesländer sind häufig nicht mehr in der Lage, polizeiliche Großlagen selbst zu bewältigen. Es

müsse mehr Personal eingestellt werden, um diesem Trend entgegen begegnen zu können, sagte der Bundesvorsitzende.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion, vorausgehend waren Impulsreferate von Fachreferenten, wurde dann eifrig diskutiert.

Als Fachreferent konnte der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder (IdBPdL) Schubert die Thematik „Das staatenübergreifende polizeiliche Lagebild“, gewonnen werden.

Auch der IdBPdL stellte fest, das an Hand der Zunahme der zu leistenden Einsatzmaßnahmen die Bereitschaftspolizeien der Länder in ihrer Personalausstattung nicht weiter beschnitten werden dürfen.

Frau Diplom Politologin Kitz, vom Deutschen Institut für internationale Politik und Sicherheit gab Einblicke zum Thema „Verwendung der Bereitschaftspolizei im europäischen Rechtsrahmen“. Ein bilateraler Vertrag zwischen den Nachbarstaaten Holland, Österreich, Dänemark, Polen, Tschechische Republik, Belgien, Schweiz, Frankreich und Luxemburg wurde ratifiziert. Der Vertrag legt Grundsätze gemeinsamer Observations- und Auswertungsgruppen sowie hoheitliche Befugnisse bei grenzüberschreitender Nacheile auf dem Land-, Wasser- und Luftweg fest.

Der Prümer Vertrag indes regelt die Grundsätze über die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Mitgliedsländer Deutschland, Österreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Frankreich und Spanien.

Demnach sind gegenseitige direkte Online Zugriffe auf DANN und Fingerabdruckdateien sowie der automatisierte Abruf von Personen- und Fahrzeugdaten möglich. Gemeinsame Verbesserungen bei Ausstattung und Ausrüstung und die Möglichkeiten der Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit sind ebenfalls Bestandteil.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Präsident von EURO-COP, Heinz Kiefer, referierte über die Thematik „Geschlossene Polizeieinheiten im grenzüberschreitenden Einsatz aus Sicht der GdP“.

Diese Einsätze, so Kiefer, werden zunehmend zur Normalität. Dabei habe die Sicherheit der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen oberste Priorität. Vermisst werden derzeit gewohnte Ausrüstungsstandards. Ebenso sei der zunehmende Abbau von Polizei in den Ländern zu kritisieren.

Drei Modelle grenzüberschreitender Einsätze innerhalb und außerhalb der EU wurden beschrieben. Internationale Einsätze werden im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (EVSP) geregelt. Die Beitrittsländer haben sich verpflichtet, maximal 5000 Polizeikräfte und entsprechende Ausrüstung für solche Einsätze zur Verfügung zu stellen. Über den Einsatz entscheidet der EU Rat der Außenminister. Des Weiteren haben die Staaten Frankreich, Italien, Spanien und Niederlande mit Sitz in Italien eine European Gendarmerie Force für internationale Einsätze mit dem Ziel, friedenserhaltender Maßnahmen, aufgestellt.

Grenzüberschreitende Einsätze bis an die EU Außengrenzen laufen über FROTEX unter Maßnahmenbezogenen Absprachen.

Alle sonstigen grenzüberschreitenden Unterstützungseinsätze werden auf Basis von bi- bzw. multilateralen Verträgen geleistet. Die deutschen Kräfte dafür werden anlassbezogen und über Zusagen des Bundesinnenministeriums und der Länderinnenministerien dann bereitgestellt. In diesem Aufgabenfeld finden sich die Bereitschaftspolizeien wieder, vorausgesetzt, die Länder verfügen über die geforderten Stärken!

Die bisherige Entwicklung und der anlassbezogene Bedarf in Europa deutet auf einen gemeinsamen Weg der 27 EU – Mitgliedstaaten

und könnte zudem Wegweisend für eine EU-Bereitschaftspolizei sein. Einschränkend kann dies aber nur unter einer strikten Trennung zwischen Internationalen Einsätzen und Einsätzen innerhalb der EU funktionieren, stelle Heinz Kiefer fest.

Gewerkschaftliche Forderungen sind:

- | Ohne Rechtssicherheit kein Unterstützungseinsatz

- | Keine Kompromisse bei Absicherung und Eigensicherung
- | Intensive Einsatzvor- und Nachbereitung
- | Kompatibilität der Ausrüstung
- | Klare Kontingentierung von Ausrüstung und Personal
- | Vereinheitlichung der Rechtsgrundlagen
- | Schaffung eines finanziellen Lastenausgleichs

Die eigens eingerichteten Arbeitsgruppen beschäftigten sich dann mit der Aufarbeitung bereits geleisteter Einsätze, um Vorschläge für organisatorische und personelle Rahmenbedingungen zu formulieren und zu diskutieren.

In der Novemberausgabe „Deutschen Polizei“ wurde eingehend durch das zuständige Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes für die Bereitschaftspolizeien, Jörg Radeck, umfassend berichtet. D.O.

Fachtagung der GdP zum Thema Jugendgewalt und Jugendkriminalität

Einmal mehr hat die GdP anschaulich dargestellt, dass man mit sensiblen Themen professionell umgehen muss.

Ralf Humpf als Vorsitzender der Kripokommission der GdP Hessen konnte am 6. November in Griesheim 70 Gäste begrüßen, die sich zu der Veranstaltung angemeldet hatten. Er richtete seinen Dank an die 5 Referent/innen und übergab die Moderation an den Geschäftsführer der GdP Hessen, Bernd Kuske-Schmittinger.

Ins Thema wurden die Zuhörer durch die beispielhafte Darstellung der Geschichte eines jugendlichen Mehrfachtäters aus NRW geführt. Sind solche Fälle Medienereignisse, Einzelfälle oder etwa inzwischen der polizeiliche Alltag?

Hat zu früher ein Wandel stattgefunden, dem die Polizei hilflos gegenübersteht? Dies alles sollte in dem 3-stufig gegliederten Tagesablauf thematisiert werden.

Teil 1 - Polizeialltag im Streifen-dienst- zwischen Frust und Angst?

Zunächst stellten sich hierfür 2 Polizeibeamte zur Verfügung, die in ihrem täglichen Dienst mit den Formen und dem Ausmaß von Jugendkriminalität konfrontiert sind.

Zum einen war dies Wulf Baltruschat von der PSt Eschborn und Mark Ritzel vom 14. Revier in Frankfurt.



v.l. Wulf Baltruschat, B. Kuske-Schmittinger, Mark Ritzel

Wie erlebt ein Streifenbeamter im täglichen Dienst Jugendkriminalität?

Wulf stellte aus seinen Erfahrungen fest, dass es natürlich Veränderungen zu früher gibt. Insbesondere auffällig ist hier der Konsum von Alkohol; nicht die Tatsache, dass getrunken wird, sondern die Schlagworte sind härter, schneller, schärfer! Für ihn bedenklich ist auch der sinkende und teils mehr als mangelhafte Bildungsstand der Jugendlichen.

Mark konnte diese Darstellung nur bestätigen. Für ihn jedoch sehr bedenklich ist die Tatsache, dass

den Jugendlichen die fehlenden Konsequenzen zu ihrem Verhalten bekannt sind. Die meisten wissen, dass es zu keinen merklichen Konsequenzen bei den polizeilichen Maßnahmen kommt. Ein kurzer Aufenthalt auf der Wache, dann sind sie wieder auf der Straße zurück. Einhergehend damit sinkt der Respekt vor der Polizei, dies bereitet den einschreitenden Kolleg/innen immer größere Probleme.

Thema Abschreckung- ist es ein Problem, dass sich Verfahren in die Länge ziehen und keine oder unzureichende justiziellen Folgen drohen?

Wulf schilderte den persönlich erlebten Fall eines 15-jährigen Jugendlichen. Er wurde festgenommen wegen Besitz von BTM, nach Anzeigenaufnahme nach Hause gebracht und den Eltern übergeben. Dann folgte ein Gerichtstermin, zu dem er nicht erschien. Mittels Vorführungsbefehl wurde er dann von zuhause abgeholt und zum Termin gebracht, die Eltern sind nicht mitgegangen.

Für diesen Jugendlichen entstand ein Riesenkonflikt mit der für ihn „unbekannten“ Justiz. Es folgte ein Urteil, dass er überhaupt nicht bewerten kann. Seine Erkenntnis war, ich kann nach Hause gehen, eine Strafe hat er nicht empfunden- es war ja nicht so schlimm.

Wulf bestätigt Teilerfolge durch massiveres Auftreten der Polizei an den Treffpunkten der Jugendlichen. Hier ist der Respekt eher vorhanden und man kann auch präventiv auf die Probleme eingehen. Diese Einsätze sind aber eher die Ausnahme, durch den immensen Personalmangel kann so etwas nur in Ausnahmefällen stattfinden, das Tagesgeschäft geht vor!

Jugendliche Täter werden immer jünger- kann dies so festgestellt werden?

Mark kann dem nicht grundsätzlich zustimmen. Der Eindruck in der Öffentlichkeit entsteht auch durch die vielfache mediale Präsenz. Jeden Tag wird man inzwischen im Fernseher oder den Zeitungen über solche Taten mit jungen Menschen konfrontiert. Dies stärkt vermutlich den Eindruck, dass es immer jüngere Personen sind, die als Täter auftreten.

Die Bevölkerung fühlt sich in vielen Bereichen zunehmend bedroht. Ist dies eine Belastung für die Polizei (personell und einsatzsteigernd)?

Beide Kollegen sind der Überzeugung, dass die Polizei moderner geworden ist. Es fehlen jedoch die wichtigsten Voraussetzungen, um professionell zu arbeiten. Dies sind die Faktoren Personal und Zeit!

Klares Signal von beiden war, dass eine professionelle Arbeit mit mehr Aufgaben nur mit entspre-

chendem Personal funktionieren kann! Immer mehr Aufgaben belasten den täglichen Dienst, dies bekommen auch die Jugendlichen mit. Die Bevölkerung merkt dies natürlich ebenfalls, wenn es teils sehr lange dauert, bis die Polizei nach einem Anruf erscheint oder eine Streife überhaupt noch präventiv gesehen wird.

Gibt es zu viele jugendliche kriminelle Ausländer- kann man dies so feststellen?

Beide sind der Überzeugung, dass dies in der Masse nicht so ist, in Einzelbereichen aber auf jeden Fall. Insbesondere bei so genannten Großfamilien, wo die Jugendlichen in kleinen Wohnungen leben, tritt dieses Problem häufiger auf. Sie gehen lieber auf die Straße und sind dort mit den bekannten Problemen konfrontiert, auch mit Alkohol und Drogen.

Mark bemerkte, dass die Integrationspolitik vollkommen versagt hat. Es geht heute darum, diese Probleme zu beseitigen, sowohl im sozialen, aber auch kulturellen Bereich.

Gibt es hierfür Lösungsmöglichkeiten- gerade in Problemgebieten?

Mark berichtet von Einsätzen, bei denen man die „Schulschwänzer“ einfängt und den Eltern oder der Schule übergibt, um so die Verant-

wortung zu stärken. Dies geht aber auch nur, wenn Personal und Zeit es zulassen. Das ist zwar nicht die ureigenste Aufgabe der Polizei, aber die sozialen Einrichtungen sind bei den Jugendlichen nicht mehr anerkannt und durchsetzungsfähig.

Wulf bemerkte zu dieser Frage, dass hier die tragende Rolle auf eine funktionierende Sozialarbeit in Zusammenarbeit mit den Präventionsräten, der Polizei, aber auch der Städteplanung zukommt. Auf keinen Fall aber in die Kompetenzen eines Freiwilligen Polizeidienstes geht- dies ist hier völlig fehl am Platze!

Zum Abschluss des ersten Teils der Veranstaltung ergab sich eine lebhafte Diskussion, bei deren viele Aspekte zur Prävention beleuchtet wurden.

Hier waren Schwerpunkte die Themen Abschreckung, Verurteilungen/Auflagen, Arbeit der Polizei, StA und Gericht, soziale Einrichtungen und Häuser des Jugendrechts.

Einigkeit herrschte im Fazit darüber, dass es nur zielführend sein kann, wenn man präventive Möglichkeiten hat, die Jugendlichen von der Straße weg zu bekommen und sie sinnvoll zu beschäftigen.



Petra Bopp, PP Westhessen, bei ihrem Vortrag

2. Teil- Arbeit von Sondereinheiten

Zum zweiten Teil begrüßte Bernd zunächst die Leiterin der AG Jaguar des PP Westhessen, Petra Bopp, die sich für die GdP als Referentin zur Verfügung gestellt hatte.

Petra bedankte sich für die Einladung und machte einen historischen Ausflug in die Geschichte der Einheit, die im Jahre 1993 gegründet wurde. Es folgten kurze Darstellungen zu steigenden Fallzahlen, aber auch insbesondere zur der gesteigerten Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen. Die Gesetze von früher sind außer Kraft gesetzt. Heute wird brutaler und intensiver Gewalt angewendet, dies ist eine prägende Erfahrung, die sie in ihrem Bereich feststellen kann.

In ihrem engagierten und interessanten Vortrag schilderte Petra die Arbeitsweise der AG. Die Basis hierfür ist die Vermischung von Prävention, Repression und Netzwerkarbeit. „Der Weg ist das Ziel“, - das ist die Marschrichtung der zurzeit 6 Kolleg/innen in ihrem Team, das auch gerne Personalzuwachs hätte. Zielführende Arbeit beginnt bei der Jugendarbeit der Polizei. Dies ist heute ein Teil der Erziehung bei den Jugendlichen. Verbunden ist dies mit viel Zeit und Aufwand.

Für die Arbeit der AG im präventiven Bereich gibt es einige zementierte Grundlagen, an denen man die Arbeit ausrichtet. Diese beginnen bei der Einrichtung von festen Sachbearbeitern für Schulen, Präventionsvorträgen in den Klassen 6 bis 8, Vorträge bei Lehrerkonferenzen und Elternabenden, das Aufsuchen von Jugendtreffpunkten bis hin zur Präsenz bei allen größeren Stadtfesten.

Im repressiven Bereich richtet man sich aus an einer zeitnahen und konsequenten Arbeit. Im Vordergrund steht eine täterorientierte Sachbearbeitung, einschließlich der zentralen Sachbearbeitung der Mehrfach/Intensivtäter. Auch hier gibt es feste Sachbearbeiter für alle Schulen. In den weiteren Ermittlungsverfahren strebt man die vorgezogenen Jugendverfahren an

und letztendlich spielt auch die Diversion eine tragende Rolle.

Petra machte einen kurzen Ausflug in den Bereich der Mehrfach/Intensivtäter, die in Westhessen zentral durch ihre AG betreut werden. Es gibt seit 2003 eine Erlasslage für diesen Täterbereich, jedoch nur für Erwachsene. Für die Jugendlichen ist dies bis heute nicht reguliert. Die AG Jaguar wendet die bestehende Erlasslage auch für den Bereich der Jugendlichen MIT an. Nur dies führt zu Erfolgen.

Abschließend stellt Petra die Wichtigkeit einer funktionierenden Netzwerkarbeit dar. Nur eine intensive Zusammenarbeit mit den Schulen, Jugendamt, Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, StA, Opferhilfe und vieles mehr, können zu Erfolgen in der Prävention führen. Es gilt zu verhindern, dass Jugendliche in eine kriminelle Karriere abgleiten.

Nach einer Mittagspause, bei der sich die Gäste stärken und erste Erfahrungen austauschen konnten, begrüßte Bernd den Kollegen Martin Hoff, Leiter der EG Kompass (im K 14) des PP Frankfurt.

Martin begann seine Ausführungen mit der Historie der 2005 gegründeten Einheit unter dem Motto BASUS21. (Besonders auffällige Straftäter unter 21).

Aufbauend auf der Neuordnung der polizeilichen Jugendarbeit im Jahre 2004 wurde diese Einheit im PP Frankfurt gegründet.

Martin beschrieb zunächst die Zuständigkeiten und Aufgabenbeschreibungen der dort tätigen Kolleg/innen. Die Zielgruppe dieser Arbeit sind Kinder und Jugendliche, die an der Schwelle zur kriminellen Karriere stehen oder jugendliche Ersttäter mit einer Negativprognose.

Ihre Ziele sind eine zeitnahe Intervention und Verhinderung des Abgleitens in die Kriminalität. Die Senkung der Fallzahlen und intensive Zusammenarbeit mit anderen Institutionen stehen im Vordergrund.

Die Kernaufgaben beschrieb Martin mit den Schwerpunkten täterorientierte Ermittlungen und Ge-

fährderansprachen. Das Bestreben in Frankfurt ist, zeitnah zu Straftaten Konsequenzen folgen zu lassen. Dies scheitert jedoch oftmals an juristischen und rechtlichen Schranken.

Es wird als sinnvoll angesehen und angestrebt, in seinem Bereich ein spezielles Referat bei der StA einzurichten. Dies scheint in Frankfurt mittelfristig auch möglich zu sein.

Martin beschrieb anhand von statistischen Bereichsdaten die Arbeit in Frankfurt, insbesondere in Bezug auf Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Im Fazit kann festgestellt werden, dass es bei beiden Einheiten, also der AG Jaguar und auch EG Kompass, grundlegende Parallelen bei der konzeptionellen Arbeit und Betreuung der Jugendlichen gibt.

Im Vordergrund steht letztendlich, analog den Erkenntnissen aus den Erfahrungen der Streifenkolleg/innen vor Ort, der für die Polizei gewichtigste Faktor Prävention.

Teil 3- Jugendgewalt-/kriminalität im gesellschaftlichen Kontext

Bernd konnte für diesen Bereich Frau Jacqueline Kempfer gewinnen. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Kriminalwissenschaften der Uni Marburg.

Frau Kempfer stellte sich kurz vor und bedankte sich für die Einladung der GdP.

Sie berichtete, dass sie schon länger und gerne mit der Polizei zusammengearbeitet. Dies fand aber bisher hauptsächlich mit Vorträgen an der Hochschule der Polizei in NRW statt.

Dieser Auftritt sei der Erste in Hessen, und dies noch auf Einladung der GdP- hierüber freute sie sich besonders.

Der Vortrag gliederte sich in 4 Teilbereiche, die die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, soziale und kulturelle Einflüsse und auch die Rolle der Medien beleuchten sollten.

Anstieg der Kriminalität und Gewalt

Zu diesem Thema stellte Frau Kempfer anhand von statistischen Erhebungen Daten vor, die sich mit der Altersstruktur und Geschlechterverteilung bei Jugendlichen beschäftigen.

Auch die Entwicklung von jugendlichen Tatverdächtigen der vergangenen Jahre wurde insgesamt beleuchtet.

Zum Anstieg der Kriminalität bei Jugendlichen kann festgestellt werden, dass dies in den Jahren 1990 bis 1998 in einer steil ansteigenden Kurve nach oben geschah. Seitdem hält es sich gleichbleibend auf hohem Niveau.

Die Darstellungen in den Medien widersprechen in diesem Bereich den erhobenen Daten deutlich.

Bemerkenswert ist, dass die schweren Raub- und KV-Delikte in den letzten 10 Jahren um ca. 50% angestiegen sind.

Statistisch gesehen gibt es also einen Anstieg der Jugendkriminalität, dieser liegt aber bereits Jahre zurück und ist nicht aktuell feststellbar!

Ob sich die Art der Gewaltanwendung verändert hat, ist statistisch aufgrund fehlender Vergleichsuntersuchungen nicht genau belegbar.

Täter mit Migrationshintergrund

Es ist sehr problematisch, statistische Aussagen zu treffen, da es grundlegende Probleme bei der Methodik gibt. Ungeeignet hierfür ist jedoch der Rückgriff auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS).

Es gibt eine Studie des KFN (Studie 100), bei der über 14.000 Jugendliche aus über 80 Ethnien befragt wurden. Im Rahmen einer Täter/Opfer-Befragung wurden die 6 größten in Deutschland lebenden Gruppen einbezogen.

Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass hier grundsätzlich eine höhere Gewaltbereitschaft besteht. Jedoch war die Risikobelastung dieser Personen höher und unterschiedlich ausgeprägt.

Werden die Risikofaktoren gleichgesetzt, weisen die deutschen Jugendlichen ein ebenso großes Risiko zur Gewaltbereitschaft auf. Die Aussage ist:

„Türkische Jugendliche, die ein Gymnasium besuchen, keine Elterngewalt erleben und Männlichkeitsnormen ablehnen, sind genauso selten Gewalttäter wie die entsprechenden deutschen Jugendlichen“.

Rolle der so genannten Gewaltmedien

Unzählige Studien weisen zunächst in eine Richtung- Nur, wer aufgrund anderer Ursachen gewaltbereit ist, kann durch Medien verleitet werden, eine Gewalttat zu begehen.

Die Medien können Auslöser, aber nicht Ursache sein.

Ergebnisse und Aussagen dieser Studien basieren auf der Theorie des sozialen Modelllernens.

Schwinden polizeilicher Autorität

Genauere Aussagen hierzu können nicht gemacht werden.

Frau Kempfer hat sich die PKS über mehrere Jahre zur Grundlage genommen, um zu überprüfen, ob es einen Anstieg bei den typischen Widerstandsstraftaten gibt.

Hier konnte sie jedoch keine ausschweifenden Ausreißer feststellen, weder bei Erwachsenen noch bei Jugendlichen.

Wohl aber ist eine Zunahme in diesem Deliktsbereich feststellbar.

Auch hier glich die abschließende Aussage zum Thema den Vordnern.

Man muss so früh wie möglich und sehr nah an den Jugendlichen dran sein. Nur dies kann in einem Verbund von Eltern, Schule, Polizei mit den Kommunen/Städten und ihrer Präventionsarbeit zu Erfolgen bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität führen.

Zum Ende der Veranstaltung bedankte sich Bernd Kuske-Schmittinger bei den Gästen für ihr gezeigtes Interesse und besonders bei den Referent/innen für ihre sehr guten Vorträge.

Die GdP hat wieder einmal bewiesen, dass sie sich sachlich mit Themen auseinandersetzt und professionell zu Lösungen beitragen möchte.

Bernd schloss den Tag mit der Hoffnung, dass dieses Thema nicht erneut zum Wahlkampfthema stilisiert wird und unterstrich die Personalforderungen der GdP für die zu leistende Arbeit im Sinne der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.

Peter Wittig

Gewaltprobleme

Berichte über Ursachen, Arten und Folgen von Gewalt überfluten uns. Gewaltereignisse dominieren Periodika, Internet, Radio- und Fernsehsendungen. Nachahmern bieten sie Anregungen frei Haus. Selbst vor Zeugenschaft und Betroffenheit sind wir nicht gefeit. Gewalt scheint allgegenwärtig und unausrottbar. Dramatisierung stellt die

Realität – trotz Zunahme einiger Gewaltexzesse – allerdings meist übertrieben dar.

Überall wo Menschen, ihre Bedürfnisse, Interessen und Verbindungen in Konkurrenz zueinander geraten, entstehen Gegensätze und Konflikte. Selbst Beherrschung und Verstand garantieren nicht immer Vernunftlösungen. Niedere Beweg-

gründe finden i.d.R. nur verwerfliche Auswege. Sogar in der Tier- und Pflanzenwelt herrschen neben Anpassung und Symbiosen Unterdrückungs- und Vernichtungsstrategien. Leider sind auch vernunftbegabte Wesen nur selten willens und in der Lage schadensfreie Regeln und Lösungen zu suchen und zu finden. Wo aber Gespräch und Toleranz

fehlen, eskaliert die Lage und schafft Probleme.

Gewalt ist das Problem, als dessen Lösung sie sich ausgibt.

Friedrich Hacker

Zwar gilt Gewalt allgemein als die Kraft, durch die Leben, Entwicklung und Verhalten manipuliert, unterdrückt und vernichtet wird. Doch schon scheinbar „krautfreie“ aber seelisch schmerzhafteste Formen können verheerende Wirkungen entfalten. Psychische, emotionale, sexuelle, soziale und wirtschaftliche Gewalt kann mitunter schlimmere Folgen haben als ein tätlicher Angriff. Besonders tückisch sind enttäuschter Glauben an Wahl- und Heilsversprechen. Selbst Aberglauben und Unheilandrohungen bleiben nicht immer folgenlos. Unzählige Arten von Verhalten, wie z.B. Mimik, Gesten und Worte sind verletzend. Schmerzlich fühlbare Benachteiligungen, wie sie im gesellschaftlichen Regelwerk vorkommen, zählen ebenso dazu wie Missachtung, Gerüchte, Spott und Beleidigungen. Tiefgreifend sind die Folgen von Flucht und Vertreibung. Auch Wahrheiten kann man Gewalt antun, sie lassen sich fälschen. Eine Liste über Gewaltursachen und Arten könnte leicht ein Buch füllen. Körperwunden heilen, seelische fast nie.

Geschichte liefert zahllose Beispiele wie Missverständnisse, Machtgelüste, Überheblichkeit, Hass und Rache sogar in Vernichtungs- und Ausrottungsstrategien münden können. Die Menschheit wird mit solchen Eskalationen leben und Schaden in Kauf nehmen müssen, denn „gegen Dummheit kämpfen selbst Götter vergebens.“

Was mit Gewalt erlangt worden ist, kann man nur mit Gewalt behalten
Mahatma Gandhi

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ verkündet Art 20 (2), Satz 1 des GG. Trotzdem klagt ein zunehmender Teil dieses Volkes unter der deprimierenden Gewalt von Einkommenseinbuße, Altersarmut, Überfremdungs- und Sicherheitsangst leiden zu müssen. Viele fühlen sich als Marionetten von Kapitalmächten, Meinungsmachern und Regelgebern.

Damit innerstaatliche Gewalt nicht ausufert, besitzen Staaten ein Gewaltmonopol und mit Sicherheitsorganen ein Begrenzungsinstrument. Vom Staat ausgehende Regelgewalt lässt bei vielen Skepsis, mitunter sogar Angst, dadurch aber auch Solidarisierungen entstehen. Paradoxe Regeln wecken erhebliche Bedenken. Ist das Ergebnis nicht widersinnig, Mord und Totschlag zu ächten, aber Mörder hinzurichten? Unzweifelhaft sind Mörder nicht gesellschaftsfähig. Darf man dann guten Gewissens Verursacher tausendfacher Tötungen im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen als Helden glorifizieren, ehren und auszeichnen?

Schrecklich immer, auch in gerechter Sache, ist Gewalt.

Friedrich Schiller

Polizei wird mit zusätzlichen Gewaltdimensionen konfrontiert. Ausbildung und Ausrüstung zielen darauf, die Duldungsschwelle gegen verbale Anfeindungen und Schutzwirkung gegen körperliche Attacken zu erhöhen. Rechtskunde und Einschreitechniken befähigen, mit Gewaltopfern und Tätern verhältnismäßig, aber erfolgreich umzugehen. Zulässige, u.U. unvermeidbare Zwangsmaßnahmen kosten oft Überwindung und können danach erheblich belasten.

Zunehmende – auch organisierte – Gewalt gegen Einsatzkräfte verletzt nicht nur Betroffene; sie belastet Kollegen und Dienststellen. Familie und Freundeskreise leiden mit. Diese besonderen Formen der Konfrontation mit Gewaltproblemen sind eines der unvergleichbaren Berufsmerkmale.

Dazu kommen sich tarnende Gewalteinflüsse, die zu problematischen Störfaktoren werden können. Personelle und finanzielle Engpässe wie organisatorische und rechtliche Einschränkungen bei Polizeidienststellen lassen selbst aussichtsreiche Ermittlungsarbeit scheitern. Kontraproduktive Organisationsgewalt verursacht Frust bei Sicherheits-„Garanten(?)“, motiviert aber ungewollt Ganoven. Derart bedarfswidrige Leistungsfesseln wirken gewaltig demotivierend und ge-

sellschaftsschädigend. Jürgen Roth beschreibt im rororo-Sachbuch „Ermitteln verboten!“ Ursachen und Folgen erschreckend konkret.

Gewalt korrumpiert das Bewusstsein und die Gesellschaft.

Jeschajahu Leibowitz

Gier und Egoismus entfalten Gewalt, die Machthaber schamlos (weil leider auch straflos!) zum eigenen Vorteil und Nachteil Machtloser nutzen. Wie schmerzlich dadurch verursachte Folgen sind, sehen wir am wachsenden Heer verarmter Menschen.

Es kann körperlich und seelisch verdammt weh tun, sich nicht das zum Leben Notwendigste leisten zu können. Not sucht Ventile und setzt Energien frei. Unserer Geschichte sollte heilsame Lehre sein, solchen Entwicklungen rechtzeitig gegen zu steuern.

Polizei ist seit jeher Prellbock und Prügelknabe gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und eskalierendem Frust. Ausufernde Entgleisungen wird sie aber nur in Grenzen halten können, wenn sie mit all ihren notwendigen Ressourcen dazu in der Lage bleibt. Bedarfsentscheidungen werden zunehmend von Finanzierungsenge oft unvertretbar eingeschränkt.

Zu den Aufgaben der Berufsvertretung gehört, Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen und rechtzeitig die Realisierung zeitgemäßer Erfordernisse mit allen vertretbaren Mitteln zu fordern. Dass hierbei jedes Mitglied als Stütze seiner Interessenvertretung fungiert, ist bewährtes Prinzip. Solidarisierung ist heute unverzichtbares Mittel, nicht widerstandslos vom übermächtigen Kapital, Meinungsmachern und Regelgebern manipuliert zu werden.

Die gegenwärtige Entwicklung sollte auch solche Berufsangehörige wachrütteln, die eingelullt noch immer glauben, auf ihre Solidarität käme es nicht an, solange sich andere auch für ihre Belange einsetzen.

Gerhard Kastl

Tarif- und Besoldungsrunde eingeläutet

Die Länder gehen in eine neue Tarifrunde

Die TV-L Entgelttabelle ist gekündigt. Damit Hessen an der Tarifrunde der Länder teilnehmen kann, musste der „Tarifvertrag zur Einkommensverbesserung 2008 vom 13.6.2008“ ebenfalls gekündigt werden.

Die Gewerkschaften GdP, ver.di GEW und die Tarifunion des DBB, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben, mussten einzeln kündigen.

Auch wenn sich die politischen Verhältnisse ändern würden und Hessen wieder ein Mitglied der TdL wäre, es müsste in Hessen noch eigenes verhandelt werden.

Der Hauptstreitpunkt ist die Arbeitszeit. Aber auch das Überleitungsrecht – die Überleitung vom BAT in ein neues Tarifrecht - muss verhandelt werden. Hierbei hat der Bewährungsaufstieg eine besondere Bedeutung, da die Verhandlungen zur neuen Entgeltordnung immer noch nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Die Arbeitgeber befassen sich zurzeit nicht oder nur wenig mit diesem Thema.

Die Situation der VBL ist offen, der entsprechende Tarifvertrag kann seit 31.12.2007 gekündigt werden. Hier müssen wir in Hessen besonders aufmerksam sein, da die Landesregierung auch hier einen Sonderweg fahren möchte und sich nicht unbedingt nach der TdL richten wird.

Da für 2009 noch keine Besoldungserhöhung gesetzlich geregelt

wurde, wird die Tarifrunde 2009 auch eine Besoldungsrunde sein.

Nur ungefähr 30 % der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Land Hessen sind Tarifbeschäftigte. Ein Zusammengehen der Beamten und Tarifbeschäftigten ist deshalb empfehlenswert. Der weitaus größere Teil der Tarifbeschäftigten ist bei den Städten und Kommunen zu finden. Hier stehen ca. 13% Beamte ca. 87 % Tarifbeschäftigten gegenüber.

Da die Beamtenbesoldung nun Ländersache ist, sollen sich die Beamten auch an den Auseinandersetzungen und Demonstrationen beteiligen.

Gleiches Vorgehen wie im Tarifbereich! Nur das Streikrecht wird den Beamten leider noch verwehrt.

Es wird noch eine Abstimmung mit dem DGB erfolgen, wer zu den Verhandlungen für die Beamten auffordert.

Wie soll das Tarif- und Besoldungsergebnis aussehen? Anfang des Jahres wurden für die VKA nach den Forderungen von 8% aber mindestens 200 folgender Abschluss vereinbart:

- | ab 01.01.2008 gibt es eine Erhöhung der Gehälter von 3,1 %
- | ebenfalls zum gleichen Zeitpunkt eine Erhöhung des Sockelbetrages um 50 Euro.
- | ab 01.01.2009 gibt es eine weitere Erhöhung von 2,8 % und 250,00 Einmalzahlung.

| die Arbeitszeit beträgt 39 Stunden

| die Laufzeit endet am 31.12.2009.

Da es immer noch keine Einigung mit den neuen Entgeltgruppen gibt, wurden neue Vereinbarungen wegen Bewährungsaufstieg usw. getroffen.

Dieses Verhandlungsergebnis darf nicht unterschritten werden.

Unsere Forderungen werden Anfang Dezember in Berlin mit der Großen Tarifkommission beschlossen.

Der Zeitplan für 2009 ist folgendermaßen geplant:

- = 19. Januar 2009 Verhandlungsauftritt
- = 26. Januar 2009 Angebot des Arbeitgebers
- = 14. / 15. Februar letzter Termin für Gespräche

Wir wollen hoffen, dass es eine schnelle und erfolgreiche Runde wird. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass wir mit Demonstrationen unseren Forderungen Nachdruck verleihen müssen. Dann sind wir alle gefordert: Angestellte, Arbeiter und Beamte, gemeinsam sind wir stark.

Es nützt nichts nur zu reden, man muss auch handeln.

E.Büttner

Die Rentenbesteuerung

Wer ist von Nachzahlungen betroffen ?

Große Unsicherheit und Sorge hinterließen Meldungen in jüngster Zeit, nach denen Rentner Steuernachzahlungen drohen. Es waren für die Rentner sicherlich beunruhigende Schlagzeilen: „Millionen Rentner müssen Steuern nachzahlen“.

Erst danach fiel eigentlich auf, dass Renten bereits seit 2005 besteuert werden, allerdings derzeit nur mit 50 %; erst im Jahr 2040 sind Renten voll zu versteuern.

Die Rentenbesteuerung betrifft nicht Versorgungs- und Entschädigungsrenten (Berufsgenossen-

schaft) sowie Kriegsbehindertenrente. Betriebsrenten – auch VBL sind dagegen steuerpflichtig.

Ab welchen Betrag müssen nun Steuern gezahlt werden ?

Erst wenn das zu versteuernde Einkommen über dem Grundfreibetrag von jährlich 7.664,— Euro (für

Alleinstehende) bzw. 15.328,— Euro (für Verheiratete) liegt, entsteht eine Steuerpflicht. In diesem Fall können natürlich auch – wie bei jedem Erwerbstätigen – z.B. Sonderausgaben (Versicherungen) und außergewöhnliche Belastungen (z.B. Krankenkosten, Freibeträge für Schwerbehinderte und Kosten für eine Haushaltshilfe) in Abzug gebracht werden.

Daraus ergibt sich, dass in den meisten Fällen für die Rentnerinnen und Rentner keine Steuerpflicht droht.

Allerdings müssen sich manche Rentnerinnen und Rentner auf eine unangenehme Überraschung durch das Finanzamt gefasst machen, falls diese über ein steuerpflichtiges Einkommen verfügen und dies bisher dem Finanzamt gegenüber nicht angezeigt haben.

Übersehen wird allerdings auch, dass manche Rentner schon immer wie andere Bürgerinnen und Bürger auch – steuerpflichtig waren.

Doch der Reihe nach:

Bis zum Jahr 2005 wurde dies jedoch kaum bemerkt, weil nur ein kleiner Teil der gesetzlichen Rente steuerlich angerechnet wurde.

Das hat sich allerdings geändert, vor allem auch dann, wenn der Rentner über weitere Einkünfte (z.B. Zinserträge, Mieteinnahmen) verfügte. Spätestens damit ist auch die Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung entstanden.

Von Nachzahlungen könnten insbesondere zwei Gruppen betroffen sein. Zum einen, wer hohe Renteneinkünfte bezieht und sich bisher beim Finanzamt mittels Abgabe einer Steuererklärung nicht gemeldet hat. Diese Rentner wird das Finanzamt zur Kasse bitten, sofern das Finanzamt von anderen Behörden die bislang nicht übermittelten Daten zu den Renteneinkünften erhält. Dies könnte ab kommenden Jahr der Fall sein.

Die zweite Gruppe sind jene Rentner die neben der gesetzlichen Rente noch Mieteinnahmen, Zinserträge, Dividenden der Betriebsrenten haben und dies gegenüber dem Finanzamt bisher verschwiegen haben.

Wer nur die gesetzliche Rente erhält, bleib im Normalfall unterhalb der Freigrenze für das Existenzminimum und muss keine Steuer befürchten. Was ist für die Rentnerinnen und Rentner nun wichtig ?

Wer sich nicht beim Finanzamt melden will, sollte einen Steuerberater aufsuchen. Dieser kassiert natürlich für seine Beratung und Arbeit ein Honorar. Bei möglicherweise hohen Nachforderungen und verschwiegenen Einkünften sollte sich allerdings diese Ausgabe lohnen.

Wer hiervon Abstand nehmen will, sollte sich beim Finanzamt entsprechende Steuerformulare besorgen und ganz einfach eine Steuererklärung abgeben. Damit befindet man sich auf sicherem Weg und erfährt, ob die eigenen Einkünfte der Steuerpflicht unterliegen. Sollte keine Steuerpflicht vom Finanzamt festgestellt werden, empfiehlt es sich, kurz danach einen Antrag auf „Nichtveranlagung“ dem Finanzamt vorzulegen, was dann für einen gewissen Zeitraum zur Befreiung von der Abgabe einer Steuererklärung führen kann.

Fazit: Die meisten Rentnerinnen und Rentner werden auch künftig steuerfrei bleiben, wenn das Einkommen innerhalb der Freigrenze liegt.

Für eine große Aufregung besteht also kein Anlass.

GdP Urgestein Karl Kopf wurde verabschiedet

Von zahlreichen Gästen, Kolleginnen und Kollegen sowie ehemaligen Kollegen, allen voran der Direktor der Hessischen Bereitschaftspolizei und Polizeipräsident des PP Osthessen i. R. Gero Kolter, wurde Karl Kopf im Kreise seiner Familie in feierlicher Runde in Mühlheim verabschiedet.

In einer gelungenen Powerpointpräsentation mit zahlreichen Fotos würdigten die Abteilungsleiter der III. BPA Hans Knapp und sein Stellvertreter Ralf Hesselning, die Meilensteine von Karl Kopf. Beispielsweise aus seiner Jugendzeit aber auch ausgewählte „Schnappschüsse“ aus dem bewegten Berufsleben von Karl Kopf.

Vorweg gebührt den Organisatoren dafür ein großes Lob und vor allem für den organisatorischen Rahmen dieser gelungenen Abschiedsfeier.



Karl Kopf trat am 02.01.1967 in die damalige I. BPA in Mühlheim am Main ein. Nach seinem Grundjahr und der Weiterbildung im Fernmeldezug absolvierte er im November 1969 seinen HAL, wurde dann Gruppenführer und absolvierte bei der PSt Mühlheim seine Einzeldienstzeit. Nachdem er im Juli 1973 seinen PKA-Lehrgang an der HPS in Wiesbaden erfolgreich abschloss, wurde er Zugführer der 11. Hu. Im November 1975 wechselte er als Zugführer zur IV. BPA nach Hanau, wurde dort 1978 Zugführer des Fernmeldezuges.

Ab April 1983 war er dann Hundertschaftstruppführer der 14. Hu. und im Juli 1985 Sachgebietsleiter für Aus- und Fortbildung; ab April 1992 dann Sachgebietsleiter Fernmeldewesen. Nach der Auflösung der IV. BPA wechselte er als Sachbereichsleiter LuK wieder in seine alte Stammdienststelle zur III. BPA in Mühlheim und durchlief bis zu seinem Ruhestand weitere Führungsämter als Leiter Einsatz, Leiter Ausbildung und zuletzt als Leiter Verwaltung.

Besonders erwähnenswert an der beruflichen Vita von Karl ist die Mitbegründung und ehrenamtliche Leitung des Polizei-Bistros an den Hessentagen. Nach dem erfolgreichen Probeauftrag 1990 mit einem Bistro-Zelt beim Hessentag in Fulda leitete Karl Kopf dann 10 Jahre das Polizei-Projekt und gestaltete die Rahmenbedingungen in Zusammenarbeit mit den Schulen und Vereinen für dieses bis heute erfolgreichen Konzept.

Persönlich und in gewerkschaftlicher, wie auch in personalrätlicher Verbundenheit bedankte sich der stellvertretende PR-Vorsitzende und Vorsitzende der BZG Bereitschaftspolizei, Detlef Otto, bei Karl Kopf für sein berufliches Engagement und ganz besonders für sein Wirken in seinen verschiedenen Ehrenämtern in den GdP-Kreisgruppen und im örtlichen Personalrat, sowie im Gesamtpersonalrat der Bereitschaftspolizei, die er zum Wohle der Polizeibesetzten in vorbildlicher demokratischer Art und Weise geleistet hat.

Karl Kopf zeichnet für 18 Jahre Vorstandsarbeit in den Kreisgruppen; davon 14 Jahre als Vorsitzender der ehemaligen KG IV. BPA in Hanau und weitere 3 Jahre in KG III. BPA Mühlheim.

Aus der gewerkschaftlichen Basis heraus war Karl Kopf im Zeitraum von 1982 bis 2000 in den örtlichen Personalräten tätig. Bis zur Schließung des Standortes der IV. BPA und dann ab 1996 im örtlichen Personalrat BePo Mühlheim.

Zeitgleich war er auch im Gesamtpersonalrat der Bereitschaftspolizei tätig, bis zum Jahr 2000. „Karl Kopf ist ein Vollblutgewerkschafter“, stellt der BZG Chef fest, „der den Kolleginnen und Kollegen immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat.“

Aus der Fülle seines gewerkschaftlichen Wirkens nachfolgend einige Beispiele:

18.05.82 Karl Kopf wird neuer Vorsitzender der KG Bepo Hanau

Erfolgreiche Werbe-Kampagne: GdP im Aufwind – 200. Neu-Mitglied geehrt

11.06.82 Stellungnahme zum Aufstieg von mittleren in gehobenen Polizeivollzugsdienst und vom gehobenen in den höheren Dienst (zu GdP-Forderungen der Zweigeteilten Laufbahn)

02.12.82 Forderung: 250 Planstellen von BesG A 5 nach A 7

06.01.83 Forderung neuer Unterkunftsgebäude in Hanau

26.04.84 Stellungnahme zur Aufstellung von sog. BFE in E-Hu

Mai 86 Fragebogenaktion zu Diensten der BePo und Forderungen: Eigenverantwortliche Tätigkeiten Verkehrs- u. Umweltschutzzüge, Stärkung der BFE Qualifizierung des Flughafendienstes Aufgabenorientierter Einsatz der speziell ausgebildeten Stabs-Hu.

2.11.87 Morde an Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm an der Startbahn 18 West und nach den Trauerfeiern, der Mahnwache am Hanauer Rathaus und einer Spendenammlung neue dienstliche, gewerkschaftliche Aktivitäten zur Beendigung der Gewaltspirale

Dez. 87 Gespräche mit Innenminister Gottfried Milde;

März `90 Start und Aufbau des 1. Polizei-Bistro-Zeltes anl. Hessentag in Fulda am Tag der hessischen Polizei

16.09.93 Übergabe einer Resolution zur Erhaltung des Standortes

an StS Heinz Fromm; danach Plakataktion „40 Millionen in den Sand gesetzt“ (leider beschließt der Landtag am 27.07.95 aufgrund von Sparzwängen die Auflösung der IV.BPA und Stellenabbau 300 Beschäftigte)

1994 Beteiligung bei Umstrukturierung der Bereitschaftspolizei nach „JALEX-Ausschuss Reform Bepo der Länder“: Neue Mitarbeiterumfrage zu „Planbare Dienste

mit Freizeit“ Gespräch mit StS Fromm erfolgreich

13.07.95 Initiativantrag zur Erhaltung der Kfz-Werkstätten

27.07.95 Neuer Organisations-Erlass mit Auflösung der IV. BPA und Zusammenlegung mit der III. BPA zwingt KG zu personeller und organisatorischer Zusammenarbeit

1999 Ablehnung der Änderungen des HPVG

2000 Karl Kopf übergibt den Vorsitz an Kollegen Stefan Ritter

Lieber Karl, die BZG Bereitschaftspolizei wünscht dir und deiner Frau eine wunderbare Zeit in der jetzt kommenden „Ruhestandszeit“. Als Ratgeber bist du uns immer willkommen, deine Stimme hat Gewicht!
(d.o.)

Brigitte Simasek in Ruhestand verabschiedet

II. BPA verliert „ihre gute Seele“

Schon weit vor der Geburtsstunde der II. Bereitschaftspolizeiabteilung in Lich war Brigitte Simasek in der damaligen Liegenschaft in der dortigen Küche als Küchenkraft tätig.

1994 änderte sich dann die „uniformierte“ Kundschaft. Die Soldaten mussten sie schweren Herzens verlassen, dafür kamen ab jetzt andere Staatsdiener in die Kantine.

Natürlich wollten auch die Polizistinnen und Polizisten von Brigitte versorgt werden. Brigittes Tätigkeit in der Küche änderte sich ebenfalls 1994. Sie gehörte von nun an zur Polizeiverwaltungsstelle in Gießen und „stieg“ in der Küche zur Vorarbeiterin auf.

Sie nahm ihre Position sehr ernst und war stets mit Herzblut dabei. Nicht nur die organisatorischen Abläufe innerhalb der Küche wurden von ihr geregelt. Im Prinzip fühlte sie sich nahezu auch für jeden einzelnen „Kunden“ verantwortlich.

Kurz: wir konnten uns ganz auf sie verlassen, wenn man mal vergessen hatte, Essen zu bestellen. Irgendwie hat Brigitte es immer geschafft, eine extra Portion herbeizuzaubern. Hungrig ging jedenfalls keiner aus ihrer Küche. Und diese Leistung ist deshalb erwähnenswert, weil die Kantine und Küche ab 1994 nur als provisorische Dienste. Brigittes ureigenster Umgangston, den sie sich während der Bundeswehr-Zeit sicherlich aneignen musste, verschaffte ihr aber auch bei uns Polizeibesetzten gehörigen Respekt.



Doch so mochte man Brigitte. Jeder wusste, da war ein weicher Kern unter der sonst so „rauhem Schale“. Auch hatte sie für die kleinen Probleme der Kolleginnen und Kollegen immer ein offenes Ohr – dies war ein Attribut ihrer Fürsorge.

Als sie Anfang 2007 eine schwere Krankheit erlitt, musste sie schweren Herzens ihre Arbeit zunächst niederlegen.

Jeder, der Brigitte kannte, hoffte für sie und drückte ihr ganz fest die Daumen, dass sie bald wieder gesund würde und an ihren Arbeitsplatz zurückkehren möge. Unsere Hoffnungen wurden leider nicht erfüllt.

Brigitte Simasek wurde im Oktober 2008 in den Ruhestand verabschiedet. Sicherlich kein leichter Schritt. Hatte sie sich doch ihren Abschied

etwas anders vorgestellt, als diesen quasi „unfreiwillig“ anzutreten.

Bescheiden war sie und wünschte sich auch keine große Feierlichkeit. Der Abteilungsleiter der II. Bereitschaftspolizeiabteilung, Rainer Schölzel, respektierte diesen Wunsch und lud Brigitte nach Überreichen der Urkunde in ein Licher Kaffee ein.

Dort reflektierte man noch einmal die gemeinsame Zeit.

Mit Brigitte geht ein sicherlich Stück „Licher“ Abteilungsgeschichte. Wir werden alle ihre Fürsorge, ihr Engagement und nicht zuletzt ihre „Mütterlichkeit“ vermissen.

Wir alle wünschen Brigitte für die Zeit, die jetzt kommt, alles Gute und vor allen Dingen eine große Portion Gesundheit!

Ehrung der Jubilare beim Seniorentreffen der KG BePo Mühlheim

Stefan Ritter als Kreisgruppenvorsitzender begrüßte am 12. November beim Treffen der Senioren zahlreiche „Ehemalige“, den Personalratsvorsitzenden beim HBPP, Roland Kramer und den BZG-Vorsitzenden Detlef Otto.

Der Vorsitzende begann seinen Geschäftsbericht mit einer Schweigeminute zur Ehren der Verstorbenen und dem Gedenken der an der Startbahn West am 2.11.1987 getöteten Kollegen Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm.

Dann beschrieb er rückblickend das Einsatzjahr 2008, als besonderen Höhepunkt der Auftrag für zwei Mühlheimer Hundertschaften bei der Fußball-Europameisterschaft in Basel/ Schweiz. Er wies auf die länderübergreifenden Einsätze hin, die aufgrund des Personalabbaus der Polizei in den neuen Bundesländern immer öfter vorkommen.

Abschließend informierte er über den vermutlich im Januar 2009 bevorstehenden Großeinsatz anlässlich des Landebahnneubaus am Frankfurter Flughafen, bei dem das HBPP eigenständig den zentralen Einsatzabschnitt mit eigenen Führungsgruppen und allen verfügbaren Einsatzeinheiten zu bewältigen haben wird. In diesem Zusammenhang wurde der laufende Prozess der Reform der Bereitschaftspolizei beklagt, die zeitgleich mit dem vorgenannten Einsatz abläuft. Es begann eine emotionale Diskussion über die erneuten Reformbemühungen der politisch Verantwortlichen. Einzig die GdP hat in zahlreichen Bemühungen bei der Landespolitik versucht, sinnvoll in den Prozess einzugreifen.

Themen im bevorstehenden Landtagswahlkampf, wie Wirtschafts-, Umwelt und Sozialpolitik lassen das Leitthema der Inneren Sicherheit eher zum Randthema werden.

Der GdP-Landesbezirk hält gegenüber den Parteien seine bestehenden Forderungen aufrecht, u. a. mehr Einstellungen in die Polizei,

Rückkehr zur 38,5-Stundenwoche, Erhaltung der Polizeizulage, keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit über 60 Jahre, Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder. Dazu ist für die 2. Januarwoche die bereits traditionelle Veranstaltung „Wahlprüfsterne“ in Planung, bei der der Innenminister und die Fachvertreter der anderen vier Parteien bei einer Podiumsdiskussion zu den vorgenannten Forderungen Stellung beziehen sollen. Trotz der Folgen und Auswirkungen auf die Personalstrukturen der Flächenpräsidien und der steigende Bedarf zum Einsatz von Alarmhundertschaften durch die laufende „BePo-Reform“ wird dieses Thema politisch derzeit gar nicht diskutiert.



Bezirksgruppe und Personalrat sehen nur noch eine Chance auf die Beteiligung des Hauptpersonalrates, der am 25.11.08 eine Grundsatzentscheidung über die Umsetzung der Reform treffen wird. Der Stellvertretende Vorsitzende der Landes-Seniorengruppe, Gerhard Lehmann, informierte über die geplanten Seniorenveranstaltungen und verteilte sinnvolle Broschüren, „Prävention für Senioren“ und „Informationen zur Pflegeversicherung“.

Gemeinsam ehrten der KG-Vorsitzende und der BZG-Vorsitzende die Jubilare des Jahres 2008 mit einem Wein-Präsent und dem „Polizeiteddy“; für 50jährige Mitgliedschaft die Kollegen Günter Balk, Gerhard Lehmann, Albert Single und für 40 Jahre GdP den Kollegen Manfred Janson. In den nächsten Tagen wird Stefan Ritter noch einige Ehrungen bei einer Kollegin und den Kollegen nachholen müssen,



die aus privaten Gründen nicht teilnehmen konnten. Für 25 Jahre Mitgliedschaft die Verwaltungsangestellte Kerstin Werth, die Kollegen Rainer Messerli und Reinhard Stephan. Für 40 Jahre den Kollegen Franz Böhm und abschließend noch den 50er-Jubilare Gerhard Otto Wacker. Traditionell wurde das Treffen dann mit dem Genus vom „Kalten Büfett“ mit kulinarischen Leckereien und einem Glas Wein in geselliger Runde bis zum frühen Abend fortgesetzt. Ein Terminhinweis am Schluss: Das Seniorentreffen und die Ehrung der Jubilare des Jahres 2009 werden am 12. November im neuen Jahr stattfinden. Bis dahin wünscht die KG BePo Mühlheim allen Kolleginnen und Kollegen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr. (ot)



Nachruf zum Tod von Peter Kindervater

Die Hessische Wasserschutzpolizei und ihre GdP-Kreisgruppe trauert mit vielen Kolleginnen und Kollegen um Peter Kindervater, der am 09. Oktober 2008 nach langer, schwerer Krankheit, im Alter von 72 Jahren verstarb.

Peter Kindervater, am 18. Juli 1936 in Frankfurt am Main geboren, ist aufgewachsen in Ost- und Mittelhessen. Nach seiner Schulzeit, die er mit der mittleren Reife beendete, lernte er den Beruf des Elektroinstallateurs. Das in dieser Ausbildung erworbene Fachwissen nutzte er auch später immer wieder im Interesse der Wasserschutzpolizei.

Am 01. April 1957 trat er in den Dienst der Hessischen Polizei, um nach erfolgreich absolvierter Ausbildung ab 01. Dezember 1959 seine eigentliche Berufung bei seiner

Wasserschutzpolizei zu finden.

Peter Kindervater stieg nach kurzer Zeit als Streifenbeamter in den gehobenen Dienst auf und nahm bis zu seiner Pensionierung 1996 eine Vielzahl von wichtigen Stabs- und Führungsfunktionen wahr:

- | Schiffahrtspolizeilicher Sachbearbeiter
- | Leiter Wasserschutzpolizeistation Rüdesheim

- | Leiter Wasserschutzpolizeistation Wiesbaden
- | Technischer Leiter des Wasserschutzpolizeiamtes und kommissarischer Vertreter des Behördenleiters.

Neben dem beruflichen Engagement galt seine besondere Liebe dem Chorgesang.

Er engagierte sich sehr stark für den Chor der Hessischen Wasserschutzpolizei, aber auch seine Bindung an die Gewerkschaft der Polizei bleibt unvergessen.

Peter Kindervater war nicht nur 35 Jahre Mitglied der GdP, sondern nahm für diese in der Kreisgruppe

und in Fachausschüssen auf Landes- und Bundesebene die unterschiedlichsten Funktionen wahr. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand war seine Mitarbeit in der GdP ungebrochen. Wenn es sein gesundheitlicher Zustand gestattete, nahm er an jeder, auch noch so fernen Demonstration teil um sein Demokratieverständnis kund zu tun.

Für seine ehrenamtlichen Leistungen wurde er verdientermaßen 1996 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet.

Wie er selbst berichtete, erhielt er sein schönstes Lob kurz vor seinem Ruhestand durch Kolleginnen und Kollegen, die gerade bei der WSP angefangen hatten, als er diese beim „Hessenlandlehrgang“ besuchte.

Zitat:

„Der erste EPHK, der uns tatsächlich zuhört, uns ernst nimmt und unsere Sorgen versteht“

Wir werden unserem Freund und Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Roland Kramer
KG Wasserschutzpolizei

Tschüss Wolfgang!

Ein Mensch erntet die Früchte seines Arbeitslebens

Auf den Tag genau 17266 Arbeitstage hat unser geschätzter Kollege und Freund, Wolfgang Kaimer, in seinem aktiven Arbeitsleben „gearbeitet“. Abgesehen von wenigen Fehltagen war auf „ihn“ immer Verlass. Zuverlässigkeit und Verlässlichkeit waren und sind die Attribute, die den Kollegen und Menschen Wolfgang Kaimer ausmachen. Für die heutigen Berufsanfänger, damit sind nicht nur diejenigen gemeint, die in die Familie der Polizeibeschäftigten eintreten, sind 17266 Arbeitstage eine unglaublich viel! Anders ausgedrückt: 48,5 Jahre!



Zu Wolfgangs Abschiedsfrühstück waren am 27. Oktober annähernd 100 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der Bereitschaftspolizei, aber auch von den benachbarten Behörden, erschienen. Für mich erneut beeindruckend, denn manch einer in leitender Funktion erfährt aus der Kollegenschaft nicht soviel Anteilnahme und damit geschätzte Aufmerksamkeit.

Besonders freut sich Wolfgang darauf, dass hat er uns alle wissen lassen, dass er ab November morgens ohne Wecker aufstehen darf und kann. In Anbetracht der Tatsache, dass der Familienmensch Kaimer sicherlich noch einiges vor hat, wird ihm seine Familie gewiss die eine oder andere Stunde des Tages mit sinnvollen Aufgaben füllen.

Besonders angetan hat es dem Stier – Geborenen Jubilar die Musik. Auf unzähligen Weihnachtsfesten der Behörde, Betriebs- oder Sommerfesten, hat er uns mit seinen Künsten auf der Gitarre unterhalten. Auch ist er im Chor der hessischen Wasserschutzpolizei tätig – selbstredend, dass er sich über das normale Maß hinaus engagiert! Daran wird sich auch hoffentlich weiterhin nichts ändern – als Jungpensionär bleibt er ja seiner Bereitschaftspolizei erhalten. Bei der Bereitschaftspolizei arbeitete Wolfgang fast 34 Arbeitsjahre. Der Stier-Typ ist ein sinnlicher Mensch und somit allen schönen Dingen des Lebens zugetan. Er ist ein Genießer und hat Geschmack. Der im Sternzeichen Stier geborene arbeitet hart an seinen Zielen, bis er sie erreicht hat.

In den letzten Jahren war Wolfgang sozusagen mit verantwortlich für den „Kopf der Behörde“. Als Fahrer der Behördenleiter hat er immer „mehr“ mitbekommen, als die Kollegenschaft. Das in ihn gesetzte Vertrauen, der Fahrer des Präsidenten ist meiner Meinung nach eine Vertrauensperson, hat er zu keiner Zeit enttäuscht.

Wolfgang Kaimer geht jetzt in die wohlverdiente Altersteilzeit. Bei all seinen Aktivitäten, die jetzt anstehen wünschen wir ihm viel Spaß, Kraft und Ausdauer.

Bleib gesund und deiner Gewerkschaft der Polizei gewogen.

JM

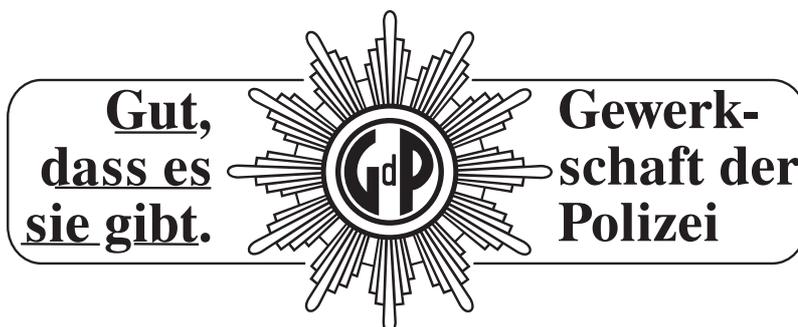
GdP überreicht sieben Pokale an die Siegerinnen und Sieger der Hessischen Meisterschaft im Waldlauf

Zahlreiche Sportlerinnen und Sportler der Hessischen Polizei sowie zahlreiche Gäste, Angehörige und Betreuer hatten am Sonntag, den 19.10.08 den Weg zur Bereitschaftspolizeiabteilung nach Lich gefunden, um die besten Läuferinnen und Läufer auf der Mittel- und der Langstrecke zu ermitteln.

Perfekte Organisation, spannende Rennen in den verschiedenen Klassen und herrliches Wetter ab der Mittagszeit wurden mit viel Lob und Anerkennung seitens der Vertreter des LPP und der HPS belohnt.

Der GdP - Landesbezirk, die Bezirksgruppe Bepo und die Kreisgruppe Lich hatten es gerne übernommen, sich an den Ehrungen der Einzel – und Mannschaftssieger zu beteiligen.

Im Rahmen der Siegerehrung überreichten Jörg Bruchmüller, Roland Kramer und Peter Tilger insgesamt sieben von der GdP gespendete Pokale an Einzelsieger und Mannschaften.



Wir gratulieren...

... zum 60-jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Ilse Roschanski
Kreisgruppe HPS

... zum 50-jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Dieter Böcher
Erich Humpf
Manfred Szameitat
Kreisgruppe HLKA
Wolfgang Seydel
Frank Rütten
Wilhelm Siehs
Manfred Neuber
Kreisgruppe HPS
Hans Faber
Adi Raima
Günter Balk
Gerhard lehmann
Albert Single
Gerhard Otto Wacker
Kreisgruppe HBPP
Andreas Ries
Kreisgruppe PTLV

... zum 40-jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Horst Gräser
Kreisgruppe HLKA
Manfred Janson
Franz Böhm
Kreisgruppe HBPP
Helmuth Maier
Kreisgruppe PTLV

... zum 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Bernd Rempel
Regine Hillenbrand
Johannes Rennighof
Kreisgruppe HPS
Andreas Arnemann
Angelika Budecker
Jürgen Hennemann
Jacqueline Kaiser
Michael Kube
Vera Lindenthal-Gold
Klaus Minter
Leo Wirth
Kreisgruppe HLKA
Kerstin Werth
Rainer Messerli
Reinhard Stephan
Kreisgruppe HBPP
Thomas Albien

Michael Barth
Karl-Heinz Beuth
Jürgen Escher
Michael Kaiser
Stefan Rücker
Kreisgruppe PTLV

... zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Norbert Charwath
Kreisgruppe HLKA

...zum 80. Geburtstag

Gerhard Traexler
Kreisgruppe HBPP

... zum 75. Geburtstag

Hubert Irgel
Kreisgruppe HPS
Karl-Heinz Dieckmann

Siegfried Hermann
Rudolf Werner
Kreisgruppe HLKA

... zum 65. Geburtstag

DorotheeVolk
Kreisgruppe HPS

... zum 60. Geburtstag

Irene Woelk
Kreisgruppe HLKA

Es verstarben:

Peter Kindervater
Heinz Schröder
Werner Blaudow
Kreisgruppe HLKA

WER KANN MIT DEM WORT SOLIDARITÄT NOCH VIEL ANFANGEN?



DIE GdR



GEWERKSCHAFT DER POLIZEI